

Freiwillig billig?

Viele der älteren Bufdis im Osten sind von Hartz IV abhängig. **Seiten 4 und 6**



Für immer Schimanski

Trotz aller Rollen: Fürs Publikum blieb Götz George stets derselbe. **Seite 15**

Foto: dpa/Henning Kaiser

DDR-Lehrer gesucht

Berlin braucht Pädagogen für Grundschulen. **Seite 11**

Foto: imago/Jürgen Ritter



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 28. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 149

STANDPUNKT Brexit schockt die Spanier

Martin Ling über den Ausgang der Parlamentswahlen

Die Angst hat die Hoffnung besiegt. So unzuverlässig gerade in Spanien Umfragen gemeinhin sind – dass die Spanne zur Realität größer als fast je bei einem Wahlergebnis davor war, ist dem externen Schock des Brexits zuzuschreiben. Nur die islamistischen Terroranschläge in der Wahlwoche im März 2004 hatten noch einen stärkeren Einfluss, als sich die Lüge der regierenden rechten Volkspartei PP, dass es sich um einen Anschlag der baskischen Separatistenorganisation ETA handelte, noch vor dem Wahlsonntag nicht mehr aufrechterhalten ließ. Damals brachte die »Sozialisten« der PSOE ein Erdrutschsieg an die Regierung.

Die Angst hat spanische WählerInnen bewegt, die Bedenken über die korruptiongeschüttelte PP über Bord zu werfen und für ein »Weiter so« zu votieren. Die Angst hat WählerInnen bewegt, dem Linksbündnis Unidos Podemos (Vereint gewinnen wir/UP) Zustimmung zu entziehen, weil das reale Szenario des Brexits ein potenzielles Szenario des Verfalls Spaniens wahrscheinlicher erscheinen ließ. Schließlich hatte die UP, die selbst gegen die Sezession von Autonomen Gemeinschaften wie dem Baskenland oder Katalonien ist, das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf ein Referendum versprochen.

Die Angst hat dafür gesorgt, dass Spanien vor demselben Patt der Lager steht wie 2015. Dass ein weiter denkbare Bündnis zwischen PSOE und UP die Angst für einen Neuanfang besiegt, ist unwahrscheinlicher als eine große Koalition zwischen PSOE und PP.

UNTEN LINKS

Der Wisent ist ein bedauerliches Tier, gilt er in freier Wildbahn quasi als ausgestorben. Nicht so in einer Region Westdeutschlands: Seit drei Jahren streift eine Wisent-Herde frei durchs Wittgensteiner Rothaargebirge. Ihr fehlt es an nichts: Sie verfügt über einen Initiator, einen Trägerverein, Förderer, Partner, Unterstützer und Sponsoren, weshalb sie sich auch schon ordentlich vermehrt hat. In der Wisent-Wildnis der Wisent-Welt mit dem Wisent-Wald gibt es eine Wisent-Erlebnisausstellung, wo Wisent-Wissen zu erwerben ist, und sogar ein Wisent-Sommerfest fand just am vergangenen Wochenende statt. Doch, ach, es gibt auch Wisent-Gegner, und die wohnen im benachbarten Hochsauerlandkreis. Nachdem es nämlich einen Wisent-Zwischenfall gegeben hatte, bei dem eine Wisent-Wald-Wanderin von einem Muttertier verletzt wurde, will dort im Falle von Wisent-Grenzüberschreitungen niemand die Wisent-Verantwortung übernehmen. Das Wisent-Aus könnte die bittere Folge sein. *rst*

Podemos hatte mehr erwartet

Spanisches Linksbündnis verliert 1,2 Millionen Stimmen / Konservative PP gewinnt



Enttäuschte Anhängerin von Unidos Podemos am Wahlabend

Foto: dpa/Luca Pignatelli

Berlin. Der Wahlabend in Spanien hatte optimistisch begonnen: Zunächst sah es so aus, als würde Unidos Podemos, das linke Bündnis aus Podemos und Izquierda Unida, den zweiten Platz erreichen. Eine Mitte-Links-Mehrheit mit der sozialdemokratischen PSOE schien greifbar. Doch wie schon beim Brexit-Referendum in Großbritannien erwiesen sich die Nachwahlbefragungen als Luftnummer.

Noch vor Anbruch des Montags war klar: Die konservative PP des amtierenden Ministerpräsidenten Mariano Rajoy ist Sieger der Abstimmung. Sie stellt mit einem Ergebnis von 33 Prozent künftig 137 Abgeordnete, 14 mehr als bis-

her. Aber: Die Rajoy-Partei bleibt von der absoluten Mehrheit von 176 Mandaten weiter deutlich entfernt.

Bei den spanischen Linken herrschte derweil Ernüchterung. Das Bündnis von Podemos und Izquierda Unida verlor über 1,2 Millionen Stimmen, kam mit 21,1 Prozent nur auf Rang drei und stellt 71 Abgeordnete. »Wir hatten etwas anderes erwartet«, so Spitzenmann Pablo Iglesias. Die zweitplatzierte PSOE bejubelte sich zwar als »stärkste Kraft des Wandels« – doch die Sozialdemokraten stehen nach dem schlechtesten Ergebnis seit langem (22,7 Prozent, 85 Mandate) auch nicht gut da. Die bür-

gerlich-liberale Ciudadanos (13 Prozent) erhielt 32 Mandate, acht weniger als bisher.

Die Regierungsbildung wird schwierig. Ciudadanos würde mit der PP koalieren, zusammen reicht es aber nicht zur Mehrheit. Rajoy will mit der PSOE koalieren, die aber nicht mit ihm. »Wir spüren heute die Erschöpfung derjenigen«, kommentierte der Soziologe Santos Juliá nicht zuletzt die auf knapp 70 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung, »die gezwungen werden, nach einem unendlich langen Wahlkampf, der das ganze Elend der Politik an die Oberfläche getrieben hat, erneut ihre Stimme abzugeben.« *nd* Seite 7

Bohren und Bremsen nach dem Brexit

Merkel will London Zeit zum Nachdenken geben / SPD und Europaparlament für schnelle Austrittsgespräche

Auch vier Tage nach dem Referendum in Großbritannien dominiert weiter ein Thema die EU-Agenda: der mögliche Brexit.

Von Vincent Körner

Geht Großbritannien? Und wenn ja: wann? Auf EU-Parkett und innerhalb der Bundesregierung treten immer deutlicher unterschiedliche Vorstellungen über den Zeitplan von möglichen Austrittsverhandlungen mit London zutage. Zudem mehren sich Äußerungen, die die Endgültigkeit des Referendums infrage stellen.

Großbritannien werde die offizielle Erklärung des Austrittswunsches »möglicherweise nie« abgeben, wurde ein als hochrangig bezeichneter Diplomat in Brüssel zitiert. Schon zuvor hatte der deutsche Kanzleramtschef Peter Altmaier mit der Äußerung für Aufhorchen gesorgt, in London solle man »die Möglichkeit haben, noch einmal die Folgen eines Aus-

tritts zu überdenken«. Auch wird darauf verwiesen, dass Schottland womöglich eine Veto-Option gegen den Brexit ziehen könnte – dort hatten sich die Bürger mehrheitlich für einen Verbleib in der EU ausgesprochen. Eine Petition, in der schon über 3,7 Millionen Briten ein zweites Referendum forderten, geriet wegen offenbar manipulierter Stimmen in die Kritik, an dem insgesamt gewaltigen Zuspruch änderte dies aber nichts.

Derweil drängen Staatschefs wie Italiens Matteo Renzi auf einen schnellen Einstieg in den Ausstieg. Auch die vier großen Fraktionen des EU-Parlaments haben mit deutlichen Worten Richtung London einen raschen Brexit-Vollzug angemahnt. Dies war seit Freitagmorgen zunächst auch der Tenor anderer Brüsseler Institutionen und der meisten EU-Staaten. Doch inzwischen hat sich der Wind gedreht. Die EU könne ein Mitglied »nicht zum Austritt zwingen«, verlautete nach einem Tref-

fen von Diplomaten. »Wir erwarten nicht, dass Artikel 50 in dieser Phase ausgelöst wird.«

So äußerte sich auch Angela Merkel am Montag. Sie habe Verständnis, wenn Großbritannien zunächst Zeit zum Nachdenken

»Ich würde nicht ausschließen, dass sie es vielleicht nie tun werden.«

Ein hochrangiger EU-Diplomat zum Brexit

brauche. Das sieht man beim Koalitionspartner SPD anders – und lässt es die CDU-Chefin auch spüren. »Ich habe wenig Verständnis für das Verhalten der Bundeskanzlerin«, sagte der Außenpolitiker Niels Annen der »Stuttgarter Zeitung«. Generalsekretärin Katarina Barley verlangte den »unver-

züglichen« Beginn des Austrittsverfahrens. Unionsfraktionschef Volker Kauder konterte mit dem Hinweis, man solle jetzt keinen »unnötigen Druck« machen.

Das dürfte in London auf Wohlwollen stoßen. Finanzminister George Osborne erklärte Richtung der europäischen Brexit-Drängler, man brauche erst einmal »klare Vorstellungen« über das weitere Vorgehen. Das wurde auch so interpretiert, dass es bei den Austrittsbefürwortern bisher wohl gar keine Pläne für diesen Fall gab.

Die britischen Konservativen haben derweil angekündigt, die Nachfolge für den britische Nachpremier David Cameron bis Anfang September zu klären. Am Dienstag wird Cameron beim ersten Tag des EU-Gipfels noch teilnehmen, am zweiten ist er schon außen vor. Dann beraten die anderen 27 EU-Mitglieder über ein mögliches Austrittsverfahren. Wenn dieses denn einmal kommen sollte. *Mit Agenturen* Seite 2

NGOs warnen vor Migrationsabwehr

Organisationen fordern Stopp von EU-Abkommen mit Drittländern

Berlin. Über 100 Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, humanitäre Hilfe, Medizin, Migration und Entwicklungszusammenarbeit stemmen sich gegen die Pläne der Europäischen Kommission, sogenannte Migrationspartnerschaften mit Drittländern abzuschließen. Die EU-Staaten müssten diesen Vorschlag »zur Migrationsabwehr stoppen, sonst droht ein dunkles Kapitel in ihrer Geschichte«. Die Europäische Union »verschreibe ihre Außenpolitik dem einzigen Ziel, Migration einzudämmen, und untergrabe damit ihre Glaubwürdigkeit und Autorität bei der Verteidigung von Menschenrechten«, kritisieren unter anderem Amnesty International, Ärzte der Welt, Oxfam und World Vision.

Der Plan sehe vor, »Handelsbeziehungen, Entwicklungshilfegelder und andere Finanzmittel dafür einzusetzen, dass Drittländer Migranten daran hindern, Europa zu erreichen«. Er soll in dieser Woche bei Treffen in Brüssel diskutiert werden. Blaupause sei das umstrittene Abkommen zwischen der EU und der Türkei. *nd* Kommentar Seite 10

Türkei und Israel nähern sich an

Blockade bleibt: Gaza-Bewohner enttäuscht vom Deal

Jerusalem. Nach ihrer Einigung auf eine Normalisierung der Beziehungen haben Israel und die Türkei unterschiedliche Aspekte des Kompromisses betont, der eine von der Gaza-Blockade ausgelöste Krise nach sechs Jahren beenden soll. Während Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Montag hervorhob, die Seeblockade des Gaza-Streifens werde aufrechterhalten, verwies sein türkischer Kollege Binali Yıldırım auf ein erstes Schiff, das nun Hilfsgüter via Israel nach Gaza bringen soll. »Die Seeblockade vor der Küste des Gaza-Streifens ist für uns von höchstem Sicherheitsinteresse, weshalb ich hier zu keinem Zugeständnis bereit war«, sagte Netanjahu bei einer Pressekonferenz in Rom, die in Israel live übertragen wurde.

Die israelische Marine hatte Ende Mai 2010 eine Hilfsflotte beim Versuch, diese Blockade zu durchbrechen, gestoppt und dabei neun türkische Aktivisten getötet. Durch den Kompromiss sollen auch weiterhin militärisch nutzbare Güter vom Gaza-Streifen ferngehalten werden. *AFP/nd* Seite 7

Papst spricht von Entschuldigung

Kritik an Umgang mit Homosexuellen

Rom. »Ich glaube, die Kirche sollte die Homosexuellen dafür um Entschuldigung bitten, wie sie behandelt worden sind.« Das sagte Papst Franziskus am Sonntagabend auf dem Rückflug von Armenien nach Rom während einer improvisierten Pressekonferenz. Um Entschuldigung gebeten werden sollten auch »die Armen, die missbrauchten Frauen«. Zudem solle die Kirche »um Vergebung bitten dafür, dass wir so oft Waffen gesegnet haben«. Zur Homosexualität sagte Franziskus: »Die Frage ist: Wenn eine Person, die so beschaffen ist, einen guten Willen hat und nach Gott sucht, wer sind wir, darüber zu urteilen?« Der Papst wiederholte damit Worte aus der Anfangszeit seines Pontifikats.

Der deutsche Lesben- und Schwulverband begrüßte die Äußerungen, »die die Verantwortung für Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen eingesteht«. Worte allein reichten aber nicht. Der Vatikan müsse »aktive Reue an den Tag legen« und die Kampagnen der katholischen Kirche beenden, die sich gegen die Lesben und Schwulen richteten. *nd/AFP*

